

Prof. Dr. Klaus Brake Sprecher der Initiative 100 Jahre Groß-Berlin

2020 haben wir es mit vergleichbaren Herausforderungen wie 1920 bei der Gründung Groß-Berlins zu tun: Berlin wächst und breitet sich aus; der Verflechtungsraum des Alltags- und Wirtschaftslebens reicht weit über die Stadtgrenzen hinaus. Wohl gibt es heute zu vielen Einzelthemen Verträge und andere Regeln für die Zusammenarbeit, aber wiederholt ist festzustellen, dass Grenzen und Zuständigkeiten der Bundesländer Berlin und Brandenburg, von Landkreisen und Kommunen eine koordinierte und verbindliche Politik erschweren. Eine neue zeitgemäße Strukturierung von Aufgaben, Akteuren und Kulissen für die Stadtregion steht dringend auf der Tagesordnung.

Für die Metropolregion konstatieren wir das Defizit einer organisierten gemeinsamen Willensbildung, verbindliche gemeinsame Ziele und deren Umsetzung. Wir fordern ein kooperatives Management, das alle wesentlichen Aufgabenbereiche, auch über die Flächenwidmung der Gemeinsamen Landesplanung hinaus erfasst (Politik aus einer Hand), dafür Umsetzungskompetenz schafft, den gesamten Raum betrifft, klare Verantwortlichkeiten benennt und bürgerschaftlich legitimiert ist. Der dafür notwendige Diskurs muss gestartet werden.

Dr. Friedemann Kunst Vorsitzender der LG Berlin-Brandenburg der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL)

Die Zusammenarbeit in der Region bei vielen unterschiedlichen Einzelthemen ist nicht schlecht, und sie ist jüngst sogar besser geworden. Aber sie ist bei Weitem nicht so gut, wie sie sein müsste, um die großen Herausforderungen zu bewältigen. Vom Verkehr über den Wohnungsbau bis zur Wirtschaftsentwicklung und Digitalisierung brauchen wir mutige, zukunftsfähige Strategien und Konzepte, die auf einem gemeinsamen Willen aufbauen und Interessen von der Prignitz bis Berlin-Mitte berücksichtigen.

Was ist z.B. davon zu halten, dass es zwar längst einen regionalen Wohnungsmarkt gibt, aber immer noch keine gemeinsame Wohnungspolitik mit abgestimmten Programmen und gemeinsamen Akteuren? Berlin ist „Großgrundbesitzer“ in Brandenburg. Flächen in Berlin werden knapp. Brandenburger Gemeinden mit Bauflächen in geeigneter Lage klagen über überlastete Infrastruktur von Entwässerungskanälen bis zu Schulen, was als Entwicklungsbremse wirkt. Warum gibt es keine länderübergreifende Kita- und Schulplanung? Und auch eine gemeinsame Liegenschaftspolitik könnte weiterhelfen.

Was ist davon zu halten, dass die Verflechtung Berlins mit den Nachbargemeinden bis zum Städtekranz ständig zunimmt, der regionale Schienenverkehr aber inzwischen erschöpft ist und heute täglich etwa 100 000 Pendler aus Brandenburg mit ihren Autos die Berliner Innenstadt ansteuern? Warum gibt es keine gemeinsame P+R- und B+R-Planung an den Brandenburger Bahnhöfen? Eine Ergänzung des Schienennetzes ist inzwischen zwar vereinbart, aber aktuelle Entscheidungs-, Finanzierungs- und Planungsprozesse müssen beschleunigt werden, wenn die Brandenburger und Berliner nicht noch sehr lange auf eine Entlastung warten sollen.

Und schließlich: Was ist davon zu halten, dass die Wirtschaft in Berlin und Brandenburg (Lausitz!) vor einem riesigen Strukturwandel steht, aber keine gemeinsame Wirtschaftsförderung besteht und das

(Wirtschafts-)Regionalmanagement Marzahn-Hellersdorf und die Flughafenregion die einzigen Ausnahmen sind, bei denen Berliner Bezirke mit den Nachbargemeinden kooperieren?

Diesen Themen ließen sich noch weitere hinzufügen, die allesamt zeigen, dass Pläne und Programme auf Länderebene, wenn sie denn vorhanden sind, längst nicht ausreichen, um Kooperation mit gemeinsamen Zielen und Interessenausgleich auf kommunaler und regionaler Ebene voranzubringen.

Tobias Nöfer Vorsitzender des Architekten- und Ingenieurvereins zu Berlin-Brandenburg e.V.

Vor über 100 Jahren hat ein Städtebauwettbewerb der Berliner Architekten den entscheidenden Anstoß dazu gegeben, dass die bis dahin chaotisch planende Stadttagglomeration zu dem Berlin wurde, wie wir es heute kennen. Der Zusammenschluss von sechs kreisfreien Städten, 59 Landgemeinden und 27 Gutsbezirken zu Groß-Berlin holte auch in der Organisiertheit nach, was Berlin damals ohnehin schon war: die zweitgrößte Stadt der Welt.

Heute stehen wir vor ähnlichen Problemen wie vor 100 Jahren, nur in noch größerem Maßstab. Berlin und Brandenburg sind längst zu einer Hauptstadtregion miteinander verschmolzen, der Siedlungsstern ragt tief nach Brandenburg hinein. Doch die Verwaltungen sind so organisiert, als wäre Berlin eine Insel und Brandenburg ein Land mit einem Loch in der Mitte. Der AIV zu Berlin-Brandenburg hat aus Anlass dieses Jubiläums einen internationalen Städtebauwettbewerb Berlin-Brandenburg mit der Perspektive 2070 ausgelobt, prämiert und präsentiert. Das Projekt „Unvollendete Metropole“ mit Wettbewerb, Ausstellung, Katalogen, Magazinen und Diskussionsveranstaltungen sowie einer umfangreichen Medialisierung gibt Anstöße für eine zukünftige städtebauliche Entwicklung der Region – eine ideale Vorlage für den Einstieg von Politik und Verwaltung.

Wir erwarten nun, dass dieser Impuls aus der Zivilgesellschaft von der Politik beider Länder wahrgenommen, ernstgenommen und aufgenommen wird. Doch in der aktuellen Organisiertheit der boomenden Hauptstadtregion fühlt sich niemand so recht angesprochen oder für eine Umsetzung verantwortlich. In diesem Zustand wird Zukunft verspielt, werden Chancen verpasst. Der Wandel der Metropole findet mit großer Dynamik statt – ob wir ihn jedoch gestalten oder ob Wildwuchs herrscht, hängt davon ab, welche neuen Formen der Zusammenarbeit wir jetzt verabreden.

Dr. Christian Strauß Leiter der Lenkungsgruppe der Landesarbeitsgemeinschaft Berlin / Brandenburg / Mecklenburg-Vorpommern der Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft (ARL)

In der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg sind bereits vielversprechende Ansätze zur Zusammenarbeit zwischen den beiden Bundesländern erkennbar, die aber noch nicht ausreichen. So deckt zum Beispiel das Kommunale Nachbarschaftsforum Berlin-Brandenburg (KNF) nur den Kernraum der Hauptstadtregion ab, während die berlinfernen Räume nicht berücksichtigt werden. Andere Initiativen setzen eher an strategischen Aussagen auf Landesebene an, während Maßnahmen zur Umsetzung vor Ort fehlen.

Für ein kooperatives Management in der Hauptstadtregion sind daher eine flächendeckende Zusammenarbeit im Gesamttraum von Berlin und Brandenburg, Instrumente zur Umsetzung und schließlich die Einbindung der Verantwortlichen auf allen Entscheidungsebenen erforderlich. Insbesondere müssen auch die Akteure vor Ort mit ihren Zielen und Handlungsmöglichkeiten beteiligt werden: die Kommunen, die lokale Wirtschaft und die Bevölkerung.

Vor diesem Hintergrund stellen wir als ein mögliches Konzept den Regionalrat zur Diskussion. Das Konzept benennt explizit den Gesamttraum der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg und bezieht auch alle Entscheidungsebenen ein. Damit sollen kooperative Entscheidungsprozesse gestärkt werden, um gemeinsame Lösungen für die Hauptstadtregion zu entwickeln. Für ein nachhaltiges Konzept sind dabei auch transparente und gerechte Beteiligungs- und Entscheidungsstrukturen erforderlich.

Die ARL-Landesarbeitsgemeinschaft Berlin / Brandenburg / Mecklenburg-Vorpommern wird sich auf allen Entscheidungsebenen und gemeinsam mit Wissenschaft und Praxis in die Diskussion über die Zukunft der Hauptstadtregion einbringen. Dabei erscheint auch ein intensiverer Dialog entlang der Grenze zwischen Deutschland und Polen erforderlich.

Dr. Hermann Borghorst Ehem. Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin,
Gründungsvorsitzender der Wirtschaftsinitiative Lausitz e.V.

Meine Erfahrungen als Berliner Politiker und zwölf Jahre Arbeiten, Leben und Engagement in und für die Lausitz haben mich zum Berlin-Brandenburger gemacht. Deshalb habe ich einen Diskussionsvorschlag für ein Modell der länderübergreifenden Zusammenarbeit und Netzwerkbildung, Kommunikation und Abstimmung gemacht. Die Metropolregion Berlin-Brandenburg ist nicht nur Berlin und Umland, sondern auch Prignitz, Uckermark, Havelland, Fläming und eben Lausitz. Alles kann nur gelingen, wenn sich die Akteure ohne Dünkel und Bevormundung, sondern mit Respekt und auf Augenhöhe begegnen. Ansonsten haben die Brandenburger Regionen kein Interesse. Andere Metropolregionen sind deutlich weiter. Dazu gehört ein klarer politischer Wille.

Die Politik allein wird die riesige Aufgabe nicht bewältigen. Ein Rat der Metropolregion unter Führung des Ministerpräsidenten und des Regierenden Bürgermeisters könnte ein erster Schritt sein, unter Beteiligung der Kommunen und Bezirke, der Landkreise, der Kammern und Verbände, der Gewerkschaften, Universitäten, Forschungseinrichtungen, der Kultur, der Wohlfahrtsverbände und zivilgesellschaftlicher Organisationen. Den Landesparlamenten, Landesregierungen und kommunalen Vertretungen werden keine Entscheidungskompetenzen genommen, die Zusammenarbeit dient der gemeinsamen Ideenfindung, qualifizierteren Entscheidungsvorbereitung und Umsetzung.
(Ein ausführliches Modell steht zur Verfügung, s. Dokument 07)